Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

15.10.2024

Parlamentarisches Frühstück

15. Oktober 2024



Austausch zwischen Politik und Praxis:
Zukunft der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete (PSZ) sichern

Die BAGFW und die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) forderten während eines Austausches mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages den Ausbau der Psychosozialen Zentren (Hashtag#PSZ). Sie hatten zu einem Parlamentarischen Frühstück unter der Schirmpatenschaft von Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen) und Helge Lindh (SPD) eingeladen, um über die Bedeutung und Zukunft der Arbeit der Psychosozialen Zentren (PSZ) zu diskutieren.

Etwa ein Drittel der nach Deutschland geflüchteten Menschen leidet unter psychischen Erkrankungen wie posttraumatischen Belastungsstörungen, Depressionen oder Angstzuständen. Trotz des akuten Bedarfs bleibt die psychosoziale Versorgung oft unzureichend. Dies belastet nicht nur die Betroffenen, sondern führt auch zu hohen Folgekosten für Bund, Länder und Kommunen.
Mit Blick auf den Bundeshaushalt für 2025 fordern BAGFW und BAfF eine nachhaltige, bedarfsdeckende Finanzierung. Es brauche derzeit mindestens 27 Millionen Euro aus Bundesmitteln, um die PSZ flächendeckend weiterführen zu können. Im aktuellen Haushaltsentwurf ist jedoch eine Kürzung um 6 Millionen Euro vorgesehen, sodass für das Bundesprogramm nur noch 7,13 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Diese Unterfinanzierung gefährdet nicht nur die Versorgung der Geflüchteten, sondern auch die Strukturen der PSZ selbst: Insolvenzen und der Verlust von Fachkräften seien unausweichlich, wenn nicht rasch gehandelt wird.

Pressemeldung

Zum Seitenanfang